

# Sahel: der verlorene Hinterhof

von Pablo Flock

Kurz machte die Ende Mai 2024 im Spiegel berichtete Ankündigung einer vorläufig verlängerten Stationierung des deutschen Kontingents,<sup>1</sup> welches im Niger das sogenannte Luftdrehkreuz betreibt, glauben, die Deutschen wollten (in Analogie zum französischen Asterix-Comic) mit diesem kleinen Kontingent unbeugsamer, ihre militärische „Unterstützung“ aufdrängender Soldaten gegen die sich ausbreitenden Einflussphäre des russischen Imperiums aufmucken – natürlich ohne dass dies etwas an der geopolitischen Zeitenwende in der Region geändert hätte. Doch die vom Spiegel scheinbar aufgedeckten Geheimverhandlungen scheinen nach einem Monat schon ins Leere geführt zu haben und auch die deutschen Kräfte werden das Sahelland zum Ende des verlängerten Stationierungsvertrags Ende August verlassen.

## **Niger: Doch kein deutscher Fuß in der Tür**

Das französische Militär, mit dem die deutschen Kräfte gemeinsam diesen Militärlogistik-Flughafen betrieben, wurde schon kurz nach dem Putsch im Juli 2023 aufgefordert, das Land zu verlassen, und musste dem bis Ende letzten Jahres Folge leisten. Da auch die im Rahmen der UN-Mission MINUSMA und der EU-Ausbildungsmission EUTM mandatierten deutschen Truppen den Abzug aus dem Nachbarland Mali abgeschlossen haben, war ohnehin fraglich, welchen Nutzen dieser Flughafen für die Europäer überhaupt noch gehabt hätte. Französische Einheiten, die zumindest in der Elfenbeinküste und im Senegal noch stationiert sind, würden ihn höchstwahrscheinlich nicht nutzen dürfen. Und das deutsche Militär hat derweil zumindest offiziell keine weiteren Einsätze in der Region, weshalb die Nutzung als Cold Base, „von der aus mögliche Evakuierungseinsätze in Westafrika organisiert werden könnten“<sup>2</sup>, bisher eher Fragen aufwarf und auf den Versuch eines bleiben-

den Engagements in anderen Ländern an der Küste Westafrikas verwies.

Womöglich hätte man den laut Spiegel mit über 120 Millionen Euro der deutschen Steuerzahlenden erbauten Flughafen gar als Dienstleistung für das Regime betrieben, mit dem man sich gut stellen möchte, obwohl man es nicht als legitim anerkennt. Oder man hätte die Soldat\*innen aus dem gleichen Grund Aufgaben übernehmen lassen, die zuvor von anderen hinauskomplimentierten internationalen Kräften ausgeübt wurden. Da eine Mandatierung zum offensiven Kampf gegen Dschihadisten unwahrscheinlich gewesen wäre, wäre noch Aufklärung mit Drohnen im Kampf gegen die Dschihadisten und die Ausbildung entweder im Kampf oder in der Migrationsbekämpfung in Frage gekommen, worin innerhalb der europäischen Ausbildungsmissionen EUTM (Militär) und EUCAP (Polizei) auch zuvor deutsche Einheiten aktiv waren. Letzteres auf bilateraler Ebene weiter zu führen, hätte wohl dem größten Interesse Deutschlands im Land entsprochen, da Niger einen Knotenpunkt auf den Migrationswegen aus dem subsaharischen Afrika darstellt.

Doch scheinbar wurde die Forderung, das Stationierungsabkommen zu einem „Abkommen zur Sicherheits- und Verteidigungskooperation“<sup>3</sup> auszuweiten, welches die Ausbildung nigrischer Soldaten und Waffenlieferungen beinhalte, und das Gerede von einer „Partnerschaft auf Augenhöhe“ (ebd.) vom Verteidigungsministerium als unverschämt wahrgenommen. Was Deutschland ggf. neben einem vom Verteidigungsminister Boris Pistorius im Dezember 2023 in Aussicht gestellten Militärkrankenhaus überhaupt bereit gewesen wäre, als Gegenleistung für einen solchen Stützpunkt zu bieten, werden wir wohl nicht mehr erfahren. Auch gerade fehlende Zusagen über die „unkomplizierte Gewährung von Fluggenehmigungen“ (ebd.) ohne Einzelanfragen und die Immunität der Soldaten (vor

dem nigrischen Gesetz und Strafverfolgungsbehörden) machten den Vorschlag für die selbst auf fremdem Boden scheinbar stets auf die eigene Souveränität bedachten Deutschen inakzeptabel. Somit zieht das deutsche Kontingent, wie die Bundesregierung ausgewählte Abgeordnete am 6. Juli 2024 wissen ließ, bis Ende August ab.

### **Auch USA verlieren Sahel**

Bis auf die Italiener ist nun auch im Niger die Loslösung von den westlichen Mächten so weit abgeschlossen: Nachdem dort im September 2023, wie von den Putschisten versprochen und erwartet, die militärische Kooperation mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich aufgekündigt wurde, durften die US-amerikanischen Kräfte auf den von ihr erbauten Basen Air Base 101 nahe der Hauptstadt Niamey und Air Base 201 bei Agadez bleiben. Letztere gilt mit über \$100 Mio. USD Baukosten als größtes Bauprojekt der US-Airforce und weltweit größte Drohnenbasis. Doch nachdem die Franzosen mittlerweile abgezogen sind, kündigte der Niger am 17. März 2024 nun auch das Kooperationsabkommen mit den USA auf, von dem die Putschisten behaupteten, es sei dem Land „einseitig auferlegt“ worden.<sup>4</sup> Sie hätten eine Abmachung des bilateralen Vertrags gebrochen und sollten ihre Tätigkeit sofort einstellen. Die USA musste sich dem scheinbar beugen und hat den Abzug des einst 1.100 Sicherheitskräfte umfassenden Kontingents, sowie des z.B. Reaper-Drohnen umfassenden Materials, mittlerweile abgeschlossen.<sup>5</sup>

Schon am 3. Mai 2024 zogen dann nach Angaben des US-Militärs ausgerechnet russische Soldaten des neugegründeten Afrika Korps, der dem Verteidigungsministerium unterstehenden Nachfolgeorganisation der Wagner-Gruppe, in einen abgetrennten Bereich der Air Base 101 ein. Besonders zahlreich werden die russischen Kräfte bisher jedoch nicht sein. Insgesamt seien 60 russische Militärausbilder seit April im Land, so die Angaben der nigrischen Übergangsregierung gegenüber den Amerikanern damals.<sup>6</sup>

### **Neue Konföderation der Sahelstaaten**

Die nigrische Teilnahme im auf Kooperation mit Russland basierenden Sicherheitskonzept der Militärjungen im Sahel war absehbar. Noch während gegenüber Niger die Drohung einer von europäischen Mächten unterstützten Invasion durch die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) bestand, gründeten die drei Putschistenregierungen im September 2023 die Allianz der Sahelstaaten (frz. Akronym: AES, für Alliance

d'États du Sahel) und traten in Folge sowohl aus der ECOWAS als auch der G5-Sahel aus, einer internationalen Verteidigungsorganisation, der auch Mauretanien und Tschad angehörten und welche sich daraufhin auflöste.

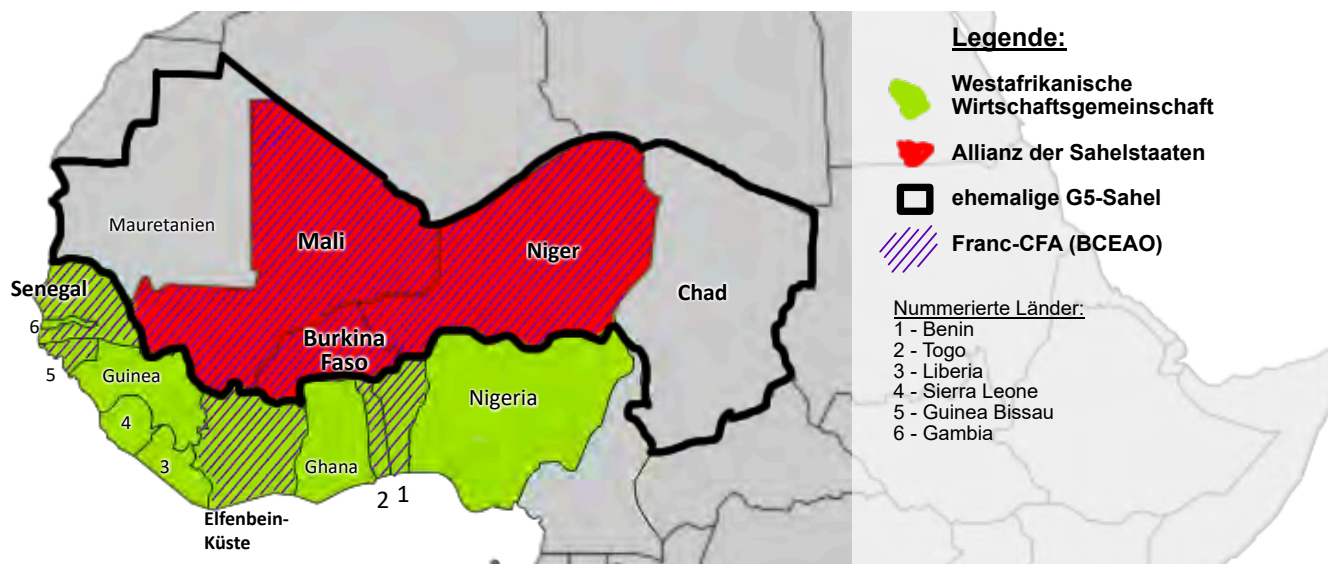
Auf dem ersten offiziellen Gipfel der Staatshäupter der Allianz der Sahelstaaten am 6. Juli 2024 beschlossen die Militärregenten dann erste Elemente einer über das Militärische hinausgehenden Integration: eine Entwicklungsbank und einen Stabilisierungsfond, welche Projekte in kritischen Bereichen wie Landwirtschaft und Wasserwirtschaft, Energie und Infrastruktur unterstützen sollen.<sup>7</sup> Auch der freie Fluss von Personen und Waren, wie er beispielsweise in der EU und Schengen-Region und eigentlich auch in der ECOWAS herrscht (wenn nicht von der EU gepushte Antimigrationsgesetze dies unterminieren), soll bürokratiefrei möglich werden. Zudem beschlossen die drei Staaten, sich zu einer Konföderation zusammenzuschließen. Eine Konföderation ist ein Staatenbund, der nach Außen hin gemeinsam auftritt, dessen Staaten also eine gemeinsame Außenpolitik betreiben. Der Putschistenführer und Präsident Malis, Assimi Goita, wird nun zuerst für ein Jahr den Vorsitz übernehmen. Wie der jüngste Staatshaupter der Welt, Captain Ibrahim Traore aus Burkina Faso, bekräftigte, sollten die rund 72 Millionen Menschen aus den drei Ländern sich nun als Bürger der AES und in allen drei Ländern zuhause fühlen.<sup>8</sup>

Und scheinbar zieht die Sicherheitsarchitektur dieser drei Staaten auch andere an, die eigentlich sehr lange sehr gut von der französischen Patronage lebten.

### **Tschad & Togo: Frankreichs Schoßhunde wollen von der Leine**

In Westafrika gar nicht so typisch, dafür aber in Zentralafrika wozu auch der Tschad gehört, hat auch im Togo vor ein paar Jahren der Sohn des langjährigen profranzösischen Diktators, Faure Gnassingbé, die Macht übernommen. Dort wie im Tschad verschloss Frankreich lieber die Augen vor verfassungswidrigen Amtsübernahmen (der Söhne) und undemokratischem Verhalten. Bei der Beerdigung des Langzeitdiktators des Tschads waren 2021 sogar nicht nur der französische Präsident, Emmanuel Macron, sondern auch noch der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell anwesend und billigten die Machtübernahme des Sohnes, Mahamat Déby.<sup>9</sup>

Doch auch Déby scheint die veränderte Situation im Sahel zum Umdenken zu bewegen. So ließ er sich im Januar 2024 beim Afrika-Gipfel im Kreml ablichten und intensivierte den Kontakt zu den Staaten der AES, die dem Land am 10. April wohl eine Aufnahme in Aussicht stellten.<sup>10</sup>



Zudem scheint der Tschad auch seine Militärkooperation mit den USA in Frage zu stellen. Zumindest wurde einer Spezialeinheit der „Green Berrets“, die in der tschadischen Hauptstadt N’Djamena stationiert waren, die Tätigkeiten verboten, wie ein vom tschadischen Sender Tchad One veröffentlichter Brief vom Chef der Luftwaffe vom 4. April belegt.<sup>11</sup> Die Amerikaner hätten die Stationierungsverträge, laut denen sie sich an diesem Stützpunkt in der Hauptstadt aufhalten dürften, auch nach dreimaliger Aufforderung nicht aufzeigen können. Die New York Times berichtete daraufhin, dass die 75 Spezialeinheiten zum AFRICOM in Stuttgart-Möhringen abgezogen worden seien.<sup>12</sup> Interessant ist nun, ob das französische Militär diese letzte Bastion im Sahel behalten können wird, bzw. dies neben den russischen Kräften überhaupt weiterhin will.

Diesem gegen die ehemalige Kolonialmacht Frankreich gerichteten Trend entsprechend, nahmen nun, wie die französische Zeitung Le Monde berichtete, auch Soldaten aus dem Tschad und aus Togo an den ersten gemeinsamen taktischen Manövern der Allianz der Sahelstaaten teil, die zwischen dem 26. Mai und 3. Juni 2024 im nigrischen Tillia stattfanden. Der antikoloniale Block gab der Übung wahrscheinlich wegen dieses bündnispolitischen Erfolgs bzw. als Hieb gegen Frankreich den großspurigen Titel »D’Envergure«, zu deutsch: »Von Tragweite«.<sup>13</sup>

An den wohl von ihren Vätern übernommenen undemokratischen Machterhaltungstechniken scheinen Déby und Gnassingbé jedoch zumindest noch festzuhalten. So hat sich Déby kürzlich in einer von Repression bis hin zur Tötung oppositioneller Kandidaten überschatteten Wahl zum Präsidenten wählen lassen und Gnassingbé mit der jüngsten Verfassungsänderung wieder einen neuen Weg gefunden seine Amtszeitbegrenzung zu umgehen.<sup>14</sup>

## Demokratie auf Abstand halten

Während von ihnen keine Wendung hin zur Demokratie zu erwarten war, sichern auch ihre neuen Verbündeten, die sich revolutionär gebenden und zumindest in Mali und Burkina Faso aus niedrigeren Offiziersriegen hervorgegangenen Putschisten, ihre Macht gegen aufbegehrende Bevölkerungsteile ab. So hätte die Übergangsphase der von Kapitän Ibrahim Traoré angeführten Militärjunta in Burkina Faso ursprünglich zum 1. Juli 2024 auslaufen sollen. Traoré erließ jedoch am 25. Mai eine neue Übergangscharta, nach der er, nun nicht mehr als Übergangspräsident sondern als Präsident der Republik, für weitere fünf Jahre im Amt bleiben wird und per Dekret regieren kann, bis er ein Parlament beruft, welches er zu über einem Viertel selbst ernannt.

Auch in Mali sind Anfang 2024 die angegebenen zwei Jahre Übergangszeit verstrichen, seit der damalige Oberst Assimi Goita im Jahr 2021 gegen seine nach seinem ersten Putsch ein Jahr zuvor eigens eingesetzte Übergangsregierung erneut geputscht hatte. Doch die Wahlen wurden schon im Dezember 2023 auf unbestimmte Zeit verschoben und im Mai 2024 empfahl ein „Nationaler Dialog“ aus hauptsächlich Militärs und regimetreuen Gruppen eine Verlängerung der Militärherrschaft und eine Wahlverschiebung bis 2027, zu der eine Kandidatur des Übergangspräsidenten und Putschistenführers Goita auch zugelassen sein sollte.<sup>15</sup>

Seit April 2024 waren sogar jegliche Partei- oder politische Aktivitäten in Mali verboten. Am 20. Juni hatten malische Sicherheitskräfte dann einige Anführer von Parteien und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen festgenommen, die mit insgesamt 80 Parteien den sogenannten Aufruf des 31. März für baldige Neuwahlen unterzeichnet hatten. Von den elf Festgenommenen sitzen die meisten bis heute in Untersu-

chungshaft und wurden der Verschwörung gegen die Regierung und der Unterminierung der öffentlichen Ordnung angeklagt, wie Human Rights Watch in einem offenen, die Freilassung fordernden Brief schreibt.<sup>16</sup> Das Verbot der politischen und Parteiaktivitäten wurde am 11. Juli 2024 wieder aufgehoben<sup>17</sup> – nachdem das Militär sich die Macht für weitere Jahre gesichert hatte.

### **Senegal: demokratischer Schwenk weg vom Westen**

Im Gegensatz zu den seit der Unabhängigkeit durch Putsche und Diktaturen geprägten Sahelstaaten konnte der Senegal seinen Ruf als Bastion der Demokratie erneut verteidigen – und trotzdem die geopolitische Wende der Nachbarn teilweise mit vollziehen.

Der ehemalige Steuerfahnder Ousmane Sonko, der seinen Posten im Staatsdienst 2016 nach Anschuldigungen gegen Präsident Macky Sall und dessen Clique verlor, konnte die jungen Massen für seinen antikolonialen Kurs für mehr wirtschaftliche und politische Loslösung von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich gewinnen. Nachdem er bei der Präsidentschaftswahl 2019 Drittplatzierter wurde und sich steigende Zustimmung abzeichnete, wurde er schon seit 2022 mit verschiedenen Anklagen belastet, die ihn letztendlich um seine Kandidatur brachten.<sup>18</sup> Jedoch konnte der alternative Präsidentschaftskandidat und ebenfalls Mitbegründer von Sonkos in der Zeit jedoch verbotenen Partei PASTEF, Bassirou Diomaye Faye, trotz allerlei Intrigen und Laufware auch gegen ihn die Wahl schon im ersten Wahlgang klar für sich entscheiden.

Faye begnadigte Sonko dann, holte ihn aus dem Gefängnis und machte ihn zum Premierminister. Die beiden neuen jungen Regenten kündigten an, beispielsweise Bergbau- und Kohlenwasserstoff-Lizenzen (z.B. für die Gasfelder vor Senegals Küste) sowie internationale Fischereilizenzen überprüfen und ggf. neu aushandeln zu wollen.<sup>19</sup> Durch den industriellen Fischfang vor Senegals Küste sind die Bestände schon seit Jahren so dezimiert, dass viele der traditionell vom Fischfang lebenden Küstenbewohner dieses Handwerk aufgeben mussten – was zudem ein essentieller Treiber für die Migration nach Europa und deren Beihilfe („Schleusertum“) ist. Zudem wollen die beiden praktizieren, was sie lange Jahre predigten, und den noch im Einsatz befindlichen, an den Euro gekoppelten CFA-Franc gegen eine eigene Währung ersetzen. Für Frankreich steht dabei viel auf dem Spiel. Über die verpflichtende Einlage von 50% der Staatseinlagen der Länder in der französischen Zentralbank (eine Regelung, die Macron 2020 ankündigte, aufzuheben) macht diese jährlich Abermillionen durch Geldgeschäfte. Und die Planbarkeit, die der feste Wech-

selkurs gibt, macht das Afrikageschäft französischer und nun europäischer Unternehmen leichter, sicherer und billiger.

Jedoch möchte die neue Regierung des Senegals die Beziehungen zu Europa nicht völlig kappen, sondern gemeinsam „eine neu durchdachte, erneuerte Partnerschaft“ aufstellen.<sup>20</sup>

Diese Ähnlichkeit in der politischen Ausrichtung zu den Putschistenregierungen der Sahelkonföderation bedenkend, überrascht es nicht, dass Faye auf dem letzten Gipfel der ECOWAS beauftragt wurde, Verhandlungen mit den abtrünnigen AES-Staaten aufzunehmen, um diese zurück ins Bündnis zu holen. Als jüngster Staatsschef des Bündnisses ist er auch vom Alter her näher an den Putschisten. Mit für diese Aufgabe abgestellt wurde übrigens Togos Präsident („des Ministerrats“) Gnassingbé.<sup>21</sup>

### **Rohstoffe: nigrisches Uran und burkinisches Gold**

Neben der Gefahr einer Abschaffung des CFA-Francs würde die französische Wirtschaft auch durch das Wegfallen der bevorzugten Behandlung bei lukrativen Rüstungsbeschaffungen und bei Konzessionen für den Abbau von Bodenschätzen leiden, wenn nun die alten Eliten, mit denen man Jahrzehnte verhandelt war, abgelöst werden oder die Loyalität entsagen. Wie solche Wechsel sukzessive ablaufen, kann gerade schon gesehen werden, und zwar gerade am für Frankreich ggf. kritischsten Rohstoff: dem nigrischen Uran, welches die Atommacht Frankreich dort bisher exklusiv abbauen konnte.

Nach dem Auslaufen der Verträge wurde dem französischen Nuklearkonzern Orano (vormals Areva), welcher zu 90% im Besitz des französischen Staats ist, die Lizenz für die Imouraren Mine entzogen, die als eine der weltweit größten Lagerstätten von Uran gilt. Wegen dem niedrigen Preis auf dem Weltmarkt hatte die Firma in der letzten Dekade von einer Entwicklung der Mine abgesehen.<sup>22</sup> Nun liegen die Preise für dieses gelbe Erz der Atomenergie so hoch wie seit 2007 nicht mehr. Doch die Junta zieht wohl jede Firma den Franzosen vor. Diese betreiben zwar noch ihre schon entwickelte Mine in Arlit, doch auch diese Verträge werden eines Tages auslaufen...

Derweil biedern sich alternative Partner an, die die Uranlagerstätten gerne entwickeln würden, besonders Russland und Iran. Auch in Mali wird über eine vermehrte Zusammenarbeit mit russischen Minenfirmen berichtet. Allerdings zeigt der Deal mit australischen, britischen und chinesischen Firmen, die dieses Jahr zwei gemeinsam betriebene Lithiumminen in die Pro-



duktion schicken wollen, dass auch Mali bereit ist, mit allen zu kooperieren, die bereit sind zur Entwicklung des Landes und der Wirtschaft beizutragen.

In Burkina Faso, dem ärmsten und am meisten durch Dschihadismus geplagten der drei Länder, wurde, wie Malijet berichtete, nun kürzlich angekündigt, dass Länder, die sich weigern der burkinischen Regierung Rüstungsgüter zu verkaufen oder solche Lieferungen blockierten, ihre Abbaulizenzen suspendiert bekämen.<sup>23</sup> Im November 2023 hatte die Regierung zudem ihre erste Goldraffinerie gegründet, die dieses Jahr mit der Produktion beginnen sollte,<sup>24</sup> und muss demnach nicht mehr wie die meisten afrikanischen Länder nur das Rohmaterial exportieren. Mali unterschrieb kürzlich ebenfalls einen Deal mit Russland, eine solche Raffinerie aufzubauen.

## Europas Eindämmungsversuche

Nachdem die europäischen Regierungen, wie Denis M. Tull in einer Studie der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik schreibt, im Sahel „keine Hebel, um Regimewechsel zu beschleunigen oder den russischen Einfluss zurückzudrängen“ hätten und deshalb dort alles unterlassen sollten „was Regimestabilität fördern könnte“, wird wohl auch das entwicklungspolitische Engagement dort zurückgeschraubt.<sup>25</sup> Stattdessen möchte man sich auf die Ertüchtigung der südlichen Küstenstaaten Westafrikas konzentrieren. Schon im letzten Jahr hat man dafür die Hände nach Elfenbeinküste, Benin, Ghana und Togo ausgestreckt und Pläne für die Ausbildung von Sicherheitskräften gemacht.<sup>26</sup> Auch die USA werden nun eine Drohnenbasis in Odiénne in der Elfenbeinküste aufbauen, wie aus Berichten von LeMonde hervorgeht. Doch auch in der Elfenbeinküste konnte die antikoloniale Bewegung nur durch einen Regime Change im Jahr 2011 und anhaltende Repression seitdem unten gehalten werden und selbst in Togo und Benin brodelt diese immer wieder auf. Es scheint, als müsste der Westen sich vorerst mit einer Beschneidung seiner Einflusszone abfinden und Angebote machen, um nicht noch mehr zu verlieren.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Gebauer, Matthias und Marina Korbaki: Pistorius lässt Geheimverhandlungen mit den Putschisten in Niger führen. [spiegel.de](https://www.spiegel.de) 28.5.2024.
- <sup>2</sup> Gebauer, Matthias und Marina Korbaki: Bundeswehr zieht aus Niger ab. [spiegel.de](https://www.spiegel.de) 6.7.2024 .
- <sup>3</sup> Gebauer, Matthias und Marina Korbaki. op.zit.
- <sup>4</sup> Der nächste Hinauswurf aus dem Sahel. German-Foreign-Policy, auch auf: [pressenza.com](https://www.pressenza.com) 20.3.2024.

- <sup>5</sup> Schmitt, Eric: Pentagon Hands Over Last Base in Niger as Extremism Spreads in the Sahel. [nytimes.com](https://www.nytimes.com) 5.8.2024.
- <sup>6</sup> Stewart, Phil und Idrees Ali: Russian troops enter base housing US military in Niger, US official says. [reuters.com](https://www.reuters.com) 3.5.2024.
- <sup>7</sup> L' AES annonce la mise en place d'une banque d'investissement et d'un fonds de stabilisation. [financialafrik.com](https://www.financialafrik.com) 7.7.2024.
- <sup>8</sup> Millar, Paul: Mali, Niger, Burkina Faso: How a triumvirate of military leaders are redrawing West Africa's map. [france24.com](https://www.france24.com) 12.7.2024.
- <sup>9</sup> IMI-Analyse 2021/20: [Tschads Langzeit-Herrscher stirbt, Sohn übernimmt](https://www.imi-online.de), Frankreich billigt, 29.4.2021.
- <sup>10</sup> Tiedjen, Jörg: Mali erlässt Politikverbot. [jungewelt.de](https://www.jungewelt.de) 12.4.2024; sowie Drissa Keïta: Les trois pays de l'Alliance du Sahel donnent le feu vert au Tchad pour rejoindre l'alliance. [maliweb.net](https://www.maliweb.net) 6.4.2024.
- <sup>11</sup> Erstes Bild des Posts von @TchadOne auf [x.com](https://www.x.com) 9.4.2024.
- <sup>12</sup> Schmitt, Eric: U.S. to withdraw troops from Chad, dealing another blow to Africa policy. [nytimes.com](https://www.nytimes.com) 25.4.2024.
- <sup>13</sup> Flock, Pablo: Allianz »von Tragweite«. [jungewelt.de](https://www.jungewelt.de) 3.6.2024.
- <sup>14</sup> Siehe z.B.: Egbejule, Eromo: Opposition cries foul over 'dynastic dictatorship' as Chad goes to polls. [theguardian.com](https://www.theguardian.com) 6.5.2024; Vergleiche IMI-Aktuell 2024/195: [Tschad: Familienfehde vor Wahl](https://www.imi-online.de). 11.3.2024; und: Negoce, Nicolas: Togo constitution: Opposition says changes are presidential 'power grab'. [bbc.com](https://www.bbc.com) 16.4.2024.
- <sup>15</sup> Mali national dialogue recommends junta rule extension. [africanews.com](https://www.africanews.com) 11.5.2024.
- <sup>16</sup> Allegrozzi, Ilaria: Mali's Junta Renews Assault on Political Opposition. [hrw.org](https://www.hrw.org) 25.6.2024.
- <sup>17</sup> Mali junta re-authorizes political activities suspended in April. [lemonde.fr](https://www.lemonde.fr) 11.7.2024.
- <sup>18</sup> Senegal's Ousmane Sonko given two-month suspended term for libel. [aljazeera.com](https://www.aljazeera.com) 30.3.2023; sowie: Wycliffe Muia: Ousmane Sonko: Senegal courts hit opposition leader's presidential hopes. [bbc.com](https://www.bbc.com) 6.1.2024.
- <sup>19</sup> Hammerschlag, Annika: 'We are finally free': Senegal hails new anti-establishment president. [theguardian.com](https://www.theguardian.com) 24.3.2024.
- <sup>20</sup> Bassirou Diomaye Faye plaide pour un partenariat «repensé» avec l'Europe. [jeuneafrique.com](https://www.jeuneafrique.com) 23.4.2024.
- <sup>21</sup> Asadu, Chinedu: Senegal's leader wasn't born when ECOWAS was founded. He's asked to reunite the bloc split by coups. [apnews.com](https://www.apnews.com) 8.7.2024.
- <sup>22</sup> Bensimon, Cyril, Morgane Le Cam und Adrien Pécout: Niger's junta evicts French multinational Orano from one of its largest uranium deposits. [lemonde.fr](https://www.lemonde.fr) 22.6.2024.
- <sup>23</sup> Burkina/mines: l'Etat va retirer des permis aux pays qui refusent de lui vendre du matériel militaire, (président). [malijet.com](https://www.malijet.com) 12.7.2024.
- <sup>24</sup> Burkina Faso to launch its first gold refinery by the end of 2024. [ecofinagency.com](https://www.ecofinagency.com) 24.11.2023.
- <sup>25</sup> Schölzel, Arnold: Zwickmühle. Deutsches Interesse an Afrika. [jungewelt.de](https://www.jungewelt.de) 16.7.2024.
- <sup>26</sup> EU Security and Defence Initiative in Support of West African Countries of the Gulf of Guinea. [eeas.europa.eu](https://www.eeas.europa.eu) 24.1.2024.



Die Langfassung weiterlesen auf [imi-online.de](https://www.imi-online.de)

